

Ökonomie und Gesellschaft Jahrbuch

Eine Übersicht über bislang erschienene Bände finden Sie am Ende
des Buches

**Jahrbuch
Ökonomie und
Gesellschaft**

HerausgeberInnen
Dr. Peter Bartelheimer
Prof. Dr. Lutz Bellmann
Prof. Dr. Gerd Grözinger
Prof. Dr. Arne Heise
Prof. Dr. Jakob Kapeller
Prof. Dr. Wenzel Matiaske
Prof. Dr. Oliver Nachtwey
Prof. Dr. Werner Nienhüser
Dr. Silke Ötsch
Prof. Dr. Katja Rost

Redaktionelle Zuschriften und Manuskripte bitte an:
Prof. Dr. Gerd Grözinger, Europa-Universität Flensburg,
Sozial- und Bildungsökonomik, Auf dem Campus 1, 24941 Flensburg
groezing@uni-flensburg.de

ÖKONOMIE UND GESELLSCHAFT

Jahrbuch 36

Konversion – Wirtschaftsdemokratie für
den sozialökologischen Umbau

Herausgegeben von
Peter Bartelheimer und Silke Ötsch

Metropolis-Verlag
Marburg 2025

Die Publikation ist Teilergebnis des Projekts „Climate Finance Society – The Institutional Logics of Climate Finance“.

Fördernummer: 01 LA2214A, gefördert durch das BMBF.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<https://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2025

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1586-6

Inhalt

Peter Bartelheimer und Silke Ötsch

Konversion – sozialökologische Transformation von unten.

Zur Einführung 7

Peter Bartelheimer

Konversion – ein Begriff für die sozialökologische

Transformation 41

Anneke Martens, A. Katharina Keil und Sarah Mewes

Konversion? Herausforderungen und Chancen eines

arbeitnehmergetriebenen Umbaus der Automobilindustrie 75

Mario Michael Ottaiano

Tarifvertrag For Future? Potenziale und Grenzen

betrieblicher Transformationspolitik am Beispiel der

IG Metall Baden-Württemberg 109

Roland Menges, Michael Henke und Dominic Jung

Urban Mining als Element kreislaufgerechten Wirtschaftens 139

Stephan von Cramon-Taubadel und Eike Christian Grupe

Die Transformation des Agrar- und Ernährungssektors.

Nachhaltigkeit, Produktivität und Welternährung 173

Katrin Hirte und Onno Poppinga

Konversionsstrategien in der Landwirtschaft. Agrarische

sozialökologische Transformation und die Landwirte 207

Astrid Schaffert

Sozial gerechter Klimaschutz im Deutschen Caritasverband 233

Charlotte Sophia Bez

Industriepolitik und Sektoren der Transformation –
ein Blick auf strukturschwache Regionen 249

Hendrik Sander und Tobias Haas

Strukturwandel in den deutschen Braunkohleregionen –
ein sozialökologischer Transformationskonflikt 281

Matthias Knuth

Wind of Change. Unterstützung beruflicher Konversionen
durch arbeitsmarktpolitische Förderung 307

Silke Ötsch

Progressive Klimafinanzierung als Hebel von Konversion? 335

Lars Hirsekorn und Tobi Rosswog

Den automobilen Konsens aufbrechen. Die Kampagne
„VW steht für VerkehrsWende“ in der Autostadt Wolfsburg 369

Katrin Mohr

Die sozialökologische Transformation fair gestalten –
Strategien und Perspektiven der IG Metall 393

Eva Gaßen

Die Konversionsstrategie des Collettivo di Fabbrica ex-GKN.
Vom Abwehrkampf in die Progressivität – ein gegen-
hegemoniales Projekt? 419

Franziska Wiethold

Sozialökologische Transformation – ein Einstiegsprojekt
in Wirtschaftsdemokratie? 449

Abstracts (English) 469

Autor:innen 481

Konversion – sozialökologische Transformation von unten

Zur Einführung

Peter Bartelheimer und Silke Ötsch

Zusammenfassung

In Deutschland stockt der klima- und umweltpolitisch gebotene sozialökologische Umbau. Maßgebliche Blockaden sind dabei in der Produktionssphäre zu suchen. Dieser Essay führt in den vorliegenden Band ein. Er begründet die Idee, durch Demokratisierung von Produktionsentscheidungen und beteiligungsorientierte Konversionsstrategien in Transformationskonflikte einzugreifen und Blockaden zu lösen. Und er gibt einen themenzentrierten Überblick über im Band vertretene Positionen und bestehende Kontroversen. Wie verstehen die Autorinnen und Autoren Konversion? Sind Konversionsinitiativen aus den 70er und 80er Jahren noch ein Bezugspunkt und wie haben sich die Voraussetzungen für ökosozial motivierte Produktionsumstellungen verändert? Für welche gesellschaftlichen Kräfte und Allianzen können Konversionsstrategien ein bündnispolitisches Projekt sein? Und wie demokratisiert man die sozialökologische Transformation?

1. Warum Konversion?

Kann die sozialökologische Wende durch mehr Wirtschaftsdemokratie besser gelingen? Diese Frage hat uns dazu motiviert, die Diskussion um Konversionsstrategien vor dem Hintergrund aktueller Krisen, insbesondere der ökologischen Krise, neu aufzugreifen.

Während wir dies schreiben, sind die Wirtschaftsprognosen für das kommende Jahr negativ und die deutsche Koalitionsregierung ist über Fragen der Transformation, Finanz- und Wirtschaftspolitik zerbrochen. Der Expertenrat für Klimafragen (2024) hat erneut festgestellt, dass Deutschland die für 2021 bis 2030 gesetzten Klimaziele nicht einhalten wird. Auch der Europäische Green Deal ist aufgeweicht worden. Nicht nur die Umweltziele werden verfehlt; auch wirtschaftlich befindet sich Deutschland in der Krise. Europa hinkt der wirtschaftlichen Entwicklung anderer Regionen hinterher und Europas Innovationsfähigkeit wird angezweifelt (European Commission/Draghi 2024).

Der deutsche Verkehrssektor ist in den vergangenen drei Jahren immer mehr vom Kurs auf Klimaneutralität abgekommen (Agora Verkehrswende 2024). Zugleich trifft die wirtschaftliche Krise in Deutschland besonders die Automobilindustrie mit ihrer hohen Wertschöpfung und ihren vergleichsweise guten Arbeitsbedingungen. Die Branche verliert im globalen Kontext Marktanteile und liegt bei der Elektromobilität und in der Softwareentwicklung hinter der ausländischen Konkurrenz zurück. Inländische Konsumenten kaufen weniger Elektroautos als erhofft. Verunsicherung über die Zukunft des Antriebs wird befördert. Diskussionen über eine Mobilitätswende, die Emissionen stärker senken würde als die Umstellung des Antriebs, sind größtenteils akademischer Natur oder auf zivilgesellschaftliche Kreise beschränkt. Volkswagen droht mit Werksschließungen in Deutschland und damit, Beschäftigte im größeren Umfang zu entlassen. Der Betriebsrat bietet einen Sparbeitrag der Beschäftigten an, der in einen Zukunftsfonds für die Sicherung von Arbeitsplätzen fließen soll. Doch es scheint undenkbar, dass VW, wenn es weniger Autos absetzt, etwas verkehrs- und klimapolitisch Nützlicheres bauen könnte. Wenn Beschäftigte auf Lohn verzichten, haben sie keine Garantie, dass ihr Verzicht dem Erhalt der Arbeitsplätze dient, geschweige denn, dass sie ihre Arbeitskraft sinnvoll einsetzen können.

Wie der Wandel gestaltet wird, ist also weder ökologisch noch wirtschaftlich noch sozial erfolgreich. Heftige Auseinandersetzungen um die Gestaltung von Wirtschaft und Lebensweise in der Krise gab es zuvor bereits beim Kohleausstieg, im Landwirtschaftssektor oder bei der thermischen Gebäudesanierung. Für einen Teil der Bevölkerung stehen wirtschaftlicher Erfolg und gute Arbeitsplätze grundsätzlich im Konflikt mit Umweltzielen. Das sozialökologische Lager weist darauf hin, dass eine intakte Umwelt die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft ist. Die Transformation müsse anders gestaltet werden, und zwar sozialer. Haushalte mit niedrigen Einkommen müssten finanziell für die „Zumutungen“ des ökologischen Umbaus kompensiert werden, damit sie Maßnahmen akzeptieren und sich überhaupt umweltfreundlich verhalten können. Doch diese Argumente sprechen weitere Gründe für fehlenden Rückhalt nicht an: Sie reduzieren Menschen auf Marktakteure in der Rolle von Konsumierenden und Investierenden und auf ihre Rolle als Wählerinnen und Wähler.

Produktionsentscheidungen können Beschäftigte nur geringfügig beeinflussen. Sie können selten entscheiden, welches Produkt sie herstellen, sollen aber in ihrer Freizeit als souverän und ethisch entscheidende Konsumierende die Wende herbeiführen. Daher erleben viele Beschäftigte die sozialökologische Transformation als fremdbestimmt und bedrohlich und wollen sich im Privaten nicht vorschreiben lassen, wie sie leben sollen (Dörre et al. 2024). Daraus sollte aber nicht geschlossen werden, dass sich der Zielkonflikt zwischen hochwertigen Arbeitsplätzen und Umweltschutz nicht überbrücken ließe.

Für Aktive der Klima- und Umweltbewegung, aber auch für aktive Gewerkschafter:innen hat derzeit das Beispiel des *Collettivo di Fabbrica ex-GKN* in Campi Bisenzio bei Florenz und sein Industrieplan (dazu der Beitrag von *Gaßen* in diesem Band) eine ähnlich exemplarische Bedeutung, wie sie der Industrieplan der Vertrauensleute des Rüstungskonzerns Lucas Aerospace (1976) für die Diskussion um alternative Produktion in den 70er und 80er Jahren hatte. Hier entwickeln Beschäftigte eines besetzten Betriebs, unterstützt von Umweltbewegung und Zivilgesellschaft, der Kunst- und Kulturszene und Universitätsangehörigen, aktiv umweltfreundliche Produktalternativen und setzen Management und Eigentümer unter Druck, die eine Fortführung der Produktion jedoch behindern. Doch ein neues „Leuchtturm-

projekt“ der Konversion hebt nicht alle Transformationskonflikte von „Klasse gegen Klima“ (Dörre et al. 2024) auf.

Die Macht fossiler Lobbys (Conway et al. 2014; Götze et al. 2022; Plehwe 2022) scheint überbordend, und der Opportunismus „liberaler“ und „konservativer“ Kräfte und ihre Anbiederung an nationalistische Standpunkte erschweren eine entschiedene Umweltpolitik (Biebricher 2023; Mullis 2024). Der Grundsatz, dass sich mit der Umwelt nicht verhandeln lässt, ist in vielen Kontexten noch nicht angekommen. Extremwetterereignisse, Artensterben und weitere Ausprägungen der Umweltkrise erreichen mittlerweile aber eine Vielzahl von Menschen in ihrem konkreten Alltag. Dass Umweltschäden auch die Wirtschaft beeinträchtigen, verdeutlichen Phänomene wie die Unterbrechung von Lieferketten durch Umweltereignisse, Ernteausfälle oder Arbeitsausfälle aufgrund von gesundheitlichen Beeinträchtigungen (Stöver et al. 2022). Wie derzeit die sozialökologische Transformation umgesetzt und wie die Krise bewältigt wird, unterstützt – in Kombination mit einem Kulturkampf rechtskonservativer Kräfte – regressive Tendenzen (Mullis 2024). Die Entwicklung ist jedoch nicht vorgezeichnet.

Die aktuell negative Grundstimmung in Bezug auf Klimapolitik und ökologischen Umbau verdeckt, dass eine grundsätzliche Sorge um den Klimawandel in der Bevölkerung weit verbreitet ist, auch unter einer Mehrheit der Produktionsarbeiter:innen (Mau et al. 2023: 211-220) – einer Gruppe, die allgemein als wenig umweltaffin gilt. Beschäftigte sind laut einer repräsentativen Befragung mehrheitlich bereit, Umweltmaßnahmen mitzutragen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind, wie z.B. die Verknüpfung staatlicher Subventionen mit Auflagen (Konditionierung), Partizipation, materielle und soziale Absicherung und ein besseres Verständnis durch bessere Kommunikation (Schulz/Trappmann 2024). Ähnlich ergab eine internationale Befragung, dass Umweltmaßnahmen von der Mehrheit der Bürger:innen befürwortet werden, wenn sie drei Bedingungen entsprechen: Sie müssen effektiv und zielführend sein, ihre Auswirkungen müssen verschiedene Gruppen in gerechter Weise treffen (und insbesondere für Haushalte mit niedrigem Einkommen tragbar sein) und die Folgen für den eigenen Haushalt müssen akzeptabel sein (Dechezleprêtre et al. 2022). Die Frage ist also, ob und mit welchen Maßnahmen an diese grundsätzliche Bereitschaft angeknüpft werden kann, um der sozialökologischen Transformation eine positive Wendung zu geben.

Nach Seto et al. (2016) bedingen sich drei Arten von Pfadabhängigkeiten (Lock-in-Effekte), die CO₂-intensive Strukturen verfestigen. Erstens können Techniken und Infrastrukturen hohe Anfangsinvestitionen erfordern, die sich erst nach längeren Laufzeiten rentieren. Zweitens gibt es institutionelle Lock-in-Effekte durch regulatorische Rahmensetzungen, die von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Akteuren durchgesetzt werden und die häufig Entscheidungen versteifen. Dabei bilden sich Netzwerke, die Interesse an der Beibehaltung des Zustands haben, aber auch Kräfte, die Regeln intentional verändern und Gelegenheitsfenster wie Krisen nutzen können. Drittens entstehen verhaltensbezogene Lock-in-Effekte durch individuelle Entscheidungen und Gewohnheiten, aber auch durch sozialstrukturelle Prägungen. Diese in Wechselbeziehung stehenden Lock-in-Effekte haben zwar grundsätzlich eine konservierende Tendenz. Sie kann aber durch intentionale Setzungen und Verhaltensänderungen unterbrochen werden, so dass neue Technologien und Infrastrukturen, Institutionen und Verhaltensmuster die alten ersetzen und neue CO₂-vermeidende Pfadabhängigkeiten die Dekarbonisierung begünstigen (ebd.). So können positive Kippunkte entstehen, wie etwa im Bereich erneuerbarer Energien, die mittlerweile in vielerlei Hinsicht vorteilhafter sind als fossile Energien (Powell et al. 2023).

Viele Transformationsansätze zielen darauf, nicht-nachhaltige Konsummuster in Richtung auf suffiziente Lebensweisen zu ändern. Lock-ins bei der Nachfrage und bei der letzten Güterverwendung stehen aber am Ende der Kette des Umweltverbrauchs. Der Ort vieler CO₂-intensiver Lock-ins ist die Produktionssphäre, wo die Kette beginnt. Natürlich bestehen zwischen Nachfrage und Angebot enge Abhängigkeiten. Aber die sozialökologische Transformation muss auch am Ort der Produktion, also in Betrieben und Unternehmen ansetzen.

CO₂-intensive Produktionsverfahren, Ausrüstungen und Produktlinien, die Kapitalanlagen in diesen Bereichen binden, begründen technische und strukturelle Pfadabhängigkeiten. Institutionelle Lock-ins ergeben sich aus den Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln und aus Machtverhältnissen im Betrieb, die nicht nur die unmittelbar Produzierenden, sondern auch die Gesellschaft als Ganze von Produktionsentscheidungen ausschließen. Aber auch Abhängigkeiten in den Wertschöpfungsketten, die ökonomische Unsicherheit von Beschäftigten sowie Subventionen, Regulierungen und wirtschaftspoliti-

sche Strategien können fossile Produktionsstrukturen konservieren. Aus beruflichen Identitäten, die an nicht-nachhaltige Arbeitsplätze, Produktionsaufgaben und Produkte gebunden sind, entstehen verhaltensbezogene Lock-in-Effekte.

Räthzel/Uzzell (2011) prägten für das zentrale Handlungsproblem der Gewerkschaftsbewegung in der Klima- und Umweltkrise den Begriff des Arbeitsplätze-Umwelt-Dilemmas („jobs vs. environment dilemma“). Dieses ist aber nicht zwangsläufig gegeben. Die Lock-ins in der Gestaltung der Arbeit bzw. des Produktionsprozesses, auf denen das Handlungsproblem beruht, lassen sich lösen. Wenn Transformation Beschäftigte unzureichend einbezieht und Lasten sowie Unsicherheiten ungleich verteilt, ist es unwahrscheinlich, dass Umweltmaßnahmen akzeptiert werden. Laut Dörre et al. (2024: 24) verwenden Beschäftigte den Begriff Transformation teilweise als „Unwort“: Sie verbinden damit Deindustrialisierung, berufliche Verschlechterungen und Eingriffe in individuelle Freiheiten, die als Kompensation für unangenehme Arbeit zentral sind. Der Widerstand gegen Umweltmaßnahmen ist oft ideologisch geprägt, aber auch mit der Angst vor den ökonomischen Folgen verbunden (Schulz/Trappmann 2024: 47). Wenn dagegen geeignete Techniken und Infrastrukturen bereitstünden, der institutionelle Rahmen zielgerichtet gesetzt wäre und das Verhalten durch eine andere Arbeitsgestaltung in eine Richtung gelenkt würde, die den sozialökologischen Wandel positiv erscheinen lässt, wären positive, d.h. dekarbonisierende Lock-in-Effekte möglich. Der Ökonomie müssten gesellschaftliche Ziele gesetzt werden. Dafür fehlen jedoch Mechanismen. Denn besonders dort, wo Produktionsentscheidungen getroffen werden, besteht ein Demokratiedefizit. Zur Überwindung dieses Defizits schlagen wir eine Konversionsstrategie vor.

2. Perspektiven auf Konversion

Im Rahmen der sozialökologischen Transformation sind Produktionsverfahren, Produktlinien und Wirtschaftsstrukturen umzustellen, um die Ökonomie an die Grenzen des Erdsystems anzupassen und insbesondere den Klimawandel zu begrenzen. Dies bezeichnen wir in diesem Band als ökosoziale Konversion. Zugleich stellen wir an Konversionskonzepte weitere normative Ansprüche: Sie sollen für mehr Klima-

und Umweltgerechtigkeit und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Risiken, die durch die Umstellung entstehen, sollen beschäftigungs- und sozialpolitisch ausgeglichen werden. Wir gehen davon aus, dass Konversion in der sozialökologische Transformation zielgerichtetes politisches Handeln auf verschiedenen Ebenen erfordert. Eine Ausweitung der Wirtschaftsdemokratie soll Beschäftigten gestaltenden Einfluss auf die Umstellung ihrer Betriebe ermöglichen und Bürger:innen an der Neugestaltung auf regionaler und gesamtwirtschaftlicher Ebene beteiligen.

Der Konversionsbegriff ist in der Wissenschaft nicht einheitlich definiert, und auch in strategischen Diskussionen in Betrieben, Gewerkschaften und Klimabewegung gibt es über ihn keinen Konsens. Frühere Bewegungen für Rüstungskonversion, etwa der erwähnte Industrieplan für Lucas Aerospace und in den 80er Jahren die Arbeitskreise für alternative Produktion in der westdeutschen Rüstungs-, Metall- und Elektroindustrie, sind historische Bezugspunkte. Viel zitiert wird Röttger (2011: 248), der „staatsgetriebene“, „weltwirtschaftlich getriebene“, „wettbewerbskorporatistische“ und „demokratische“ Konversionsansätze unterscheidet. Kaiser (2023) erwartet von Konversionsstrategien, dass sie in ökologisch besonders destruktiven Branchen Bündnisse zwischen Klimabewegung und Arbeiterbewegung ermöglichen. Auch wir setzen darauf, dass sich Beschäftigte, die sich an ökologisch gebotenen Umstellungskonzepten demokratisch beteiligen können, stärker mit Umweltzielen identifizieren und dass solche Konzepte die Unterstützung der Klimabewegung finden (mehr zu Bündnisperspektiven unter 4.).

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes (Herausgeberin und Herausgeber eingeschlossen) gehen mit dem Konversionsbegriff unterschiedlich um.

Einige ziehen den Transformationsbegriff vor. Für *Menges/Henke/Jung* liegt das in der Sache: Beim Urban Mining als Teil einer Kreislaufwirtschaft gehe es weniger um Umwandlung als um Weiternutzung von Gütern. *Cramon-Taubadel/Grube* halten Konversion für eingebunden in den Gegensatz von Arbeit und Kapital. Da landwirtschaftliche Erzeugerbetriebe in der Regel selbständig geführt sind, sprechen sie von der Transformation des Agrarsektors.

In einigen Beiträgen wird der Konversionsbegriff aus dem Gegenstandsbereich übernommen, andere geben eine eigene Definition. *Bartelheimer* stellt die politische Geschichte des Begriffs, seine historische

Prägung und seine aktuelle Verwendung in den Mittelpunkt seines Beitrags. *Mohr* begründet ausführlich, warum die IG Metall es aus gewerkschaftspolitischen Gründen vorzieht, von Transformation (oder „Fairwandel“) zu sprechen.

Wie auch in der weiteren Literatur bezeichnet Konversion in diesem Band Umstellungen auf verschiedenen Wirtschaftsebenen – vom individuellen Berufswechsel (*Knuth*) über den Betrieb (*Martens/Keil/Mewes*, *Ottaiano*, *Hirse Korn/Rosswog*, *Mohr*, *Gaßen*, auch *Bez* und *Wiethold*), die Wertschöpfungskette (*Hirte/Poppinga*) und die Region (*Bez*, *Sander/Haas*, ebenso *Wiethold*) bis zur Gesamtwirtschaft (*Ötsch*, wieder *Wiethold*).

In einer Reihe von Beiträgen bestimmen strategische Ansprüche an Transformation den Konversionsbegriff. *Martens/Keil/Mewes* und *Ottaiano* sprechen – Röttger folgend – von demokratischer Konversion in Abgrenzung zu anderen, marktgetriebenen und korporatistischen Formen. Bei *Hirte/Poppinga* ruft Konversion der Landwirtschaft vor allem Bündnisperspektiven auf – etwa solche zwischen Erzeuger:innen, Verbraucher:innen und Umweltbewegung. Für *Hirse Korn/Rosswog* gehört zu „echter Konversion“, den Produktionsapparat der Automobilindustrie für öffentliche Verkehrsmittel umzunutzen und die Frage nach Vergesellschaftung zu stellen. Nach *Gaßen* ordnet sich der Kampf des Fabrikkollektivs ex-GKN für demokratische Konversion in einen allgemeineren Handlungshorizont des Systemwandels ein. (Ähnlich weit reicht der Konversionsanspruch bei *Bez*.) Dagegen könnten die Gewerkschaften nach *Mohr*, eben weil Konversion in linken Strategiediskursen mit Systemwandel identifiziert werde, betriebliche Produktionsumstellungen unter dieser Bezeichnung nicht als realistisch und umsetzbar darstellen. Auch sei der Begriff wegen der historischen Erfolglosigkeit der „schönen Theorie“ von Rüstungskonversion organisationspolitisch „verbrannt“.

Bartelheimer schlägt in seinem Beitrag vor, zwischen einem normativ anspruchloseren wissenschaftlichen Konversionsbegriff und seinem ökosozialen „Framing“ als Strategiebegriff zu differenzieren. Demnach unterscheide sich Konversion dadurch von anderen wirtschaftlichen Innovationen, dass sie von einem außerökonomischen Akteur (oder einer solchen Akteurskonstellation) veranlasst werde, also politisch oder gesellschaftlich gewollt sei, statt anonymen Marktprozessen zu folgen. Als strategischer „Frame“ sei Konversion im

Unterschied zu Transformation bewegungsorientiert: Sie setze handelnde Subjekte voraus, stelle die subalterne Stellung der Arbeitenden im Betrieb in Frage und spreche sie als Träger der Veränderung und als Bündnispartner anderer gesellschaftlicher Bewegungen an.

Nach *Ötsch* steht Konversion für eine demokratisch legitimierte Umstellung der Produktion im Kontext einer Systemumstellung im Sinne eines jeweils zu bestimmenden Gemeinwohls. Damit bedeute Konversion auch die Abkehr von einer zuvor verfolgten Logik – im aktuellen Fall von der Institutionalisierung wirtschaftlicher Interessen, die einer weniger starken Institutionalisierung von sozialökologischen Zielen gegenüberstehen. Eine Konversionsstrategie wolle systemischen Wandel absichtsvoll herbeiführen und sei Teil eines weiter angelegten demokratischen Projekts des Wandels, das von Bedürfnissen ausgeht, Bürger:innen als gestaltende Subjekte sieht und im Zweifelsfall die demokratische Logik der privatwirtschaftlichen Profitlogik überordnet. Dagegen lasse sich ein Konversionsbegriff, der keine demokratisch legitimierte qualitativ andere Systemlogik anstrebe, schwer vom Begriff der Wirtschaftspolitik abgrenzen.

3. *Bedingungen für Konversion in der sozialökologischen Transformation*

Konzepte der Rüstungskonversion und der alternativen Produktion ermöglichten es aktiven Beschäftigten und Gewerkschafter:innen in den 80er Jahren, eigenständige Strategien zur betrieblichen Beschäftigungssicherung und zur Gestaltung von Arbeitsbedingungen zu entwickeln und der Kapitaleseite die alleinige Entscheidungsmacht über das Was und Wie der Produktion streitig zu machen. Dass neue Produkte „sinnvoll“ oder gesellschaftlich „nützlich“ sein sollten, wies zugleich über den Rahmen betrieblicher Interessenpolitik hinaus. Vorschläge zielten schon damals vor allem auf ökologische Bedarfssfelder. Im Anspruch, Produktionsprozesse bewusster gesellschaftlicher Gestaltung zu unterwerfen, trafen sich gewerkschaftliche Konzepte alternativer Fertigung mit Umbauforderungen der Friedens- und Umweltbewegung. Die Beiträge von *Bartelheimer* und *Martens/Keil/Mewes* geben historische Skizzen dieser Initiativen.

Wenn heutige ökosoziale Strategien der Produktionsumstellung an die gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Anliegen dieser Konversionskonzepte anknüpfen, dann ihrer Ansprüche, nicht ihrer Erfolge wegen – damals wurden ihre Produktvorschläge von Unternehmensleitungen kaum aufgegriffen. Ihre kritischen Impulse gingen in den 90er Jahren in Anpassungsmaßnahmen westdeutscher Konzerne, in der Privatisierungspolitik der ostdeutschen Treuhand oder bei der Umnutzung frei werdender Militär- und Industrieflächen weitgehend unter. Aber in der sozialökologischen Transformation geht es umso mehr darum, Produktion, Geschäftsmodelle und Produkte durch gezielte, demokratisch legitimierte Eingriffe an gesellschaftlichen Interessen auszurichten. Zugleich hat sich der Maßstab dafür, was „gesellschaftlich nützlich“ ist, erweitert und präzisiert.

Die Umstellung oder Diversifizierung der Produktion mit Zielen des ökologischen Umbaus zu verknüpfen, war in der Vergangenheit eine strategische Option, deren Wahl von politischen Grundhaltungen abhing. Heute sind neben der Rentabilität vor allem Klima- und Umweltziele das Motiv und ein Bewertungsmaßstab für Umstellungen: Es gilt, in wenigen Jahren ein Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen durchzusetzen und insbesondere den Klimawandel zu begrenzen. Strukturbewahrende Lösungen, die diesem Ziel nicht dienen, sind schwerer zu legitimieren.

Konversion ist also aktuell. Die Bedingungen dafür haben sich aber in der ökosozialen Transformation in mehr als einer Hinsicht geändert.

3.1 Umstellung macht nicht an Branchengrenzen Halt

Richteten sich Konzepte für Produktionsumstellung und Vorschläge für Produktalternativen in den 80er Jahren an den Rüstungssektor oder an einzelne Industrieunternehmen, bei denen Entlassungen und Werkschließungen drohten, so ist heute der Umstellungsbedarf allgemein. Konversion ist keine sektorale Aufgabe mehr, sondern eine gesamtwirtschaftliche. Denn alle Wirtschaftszweige werden an Klimazielen gemessen und der Umbau greift tief in die Struktur der gesamten Volkswirtschaft ein. Branchen, die das deutsche Exportmodell tragen, stehen unter Veränderungsdruck. Teils steht der Übergang zu anderen Produkten im Vordergrund, wie in der Automobilindustrie, teils der

Wechsel der Produktionstechnik, wie in der Stahlindustrie. Strategien für einzelne Sektoren mögen unterschiedlich ambitioniert sein, aber eine bloße Diversifizierung der Produktion ist dann keine Option, wenn fossile Pfade ganz verlassen werden müssen.

Die Beiträge in diesem Jahrbuch können die klima- und umweltspezifisch gebotenen Produktionsänderungen nur für ausgewählte Bereiche behandeln. Sie vermitteln aber durchaus eine Vorstellung von der Reichweite der Konversionsaufgaben.

Ein Schwerpunkt liegt auf Konversionskonzepten für „klassische“ Industriearbeit. Die notwendige Umstellung der Automobilindustrie behandeln *Martens/Keil/Mewes* auf der Branchenebene, *Ottaiano, Hirsekorn/Rosswog* und *Gaßen* an exemplarischen Betriebsfällen. Doch wie *Mohr* zudem zeigt, steht der gesamte Organisationsbereich der IG Metall unter Veränderungsdruck: Ein Drittel der Betriebsräte, die die IG Metall jährlich befragt, sieht das bisherige Geschäftsmodell ihres Betriebs durch die Transformation zumindest teilweise gefährdet. Nur knapp die Hälfte derer, die eine solche Gefährdung ausmachen, kann jedoch auch von betrieblichen Strategien zur Transformationsbewältigung berichten.

Ziel- und Interessenkonflikte beim Umbau des Agrar- und Ernährungssystems sind Gegenstand zweier Beiträge. *Cramon-Taubadel/Gruppe* fragen, wie die globale Landwirtschaft zugleich eine wachsende Weltbevölkerung ernähren und ihren ökologischen Fußabdruck erheblich reduzieren kann. *Hirte/Poppinga* sehen in einer intensiven, exportorientierten Landwirtschaft das entscheidende Hemmnis für die sozialökologische Konversion des Sektors.

Schaffert zeigt am Beispiel des Deutschen Caritasverbands das Potenzial des Gesundheits- und Sozialwesens mit seinen 5,3 Millionen Beschäftigten für die Transformation zur Klimaneutralität.

Bez bezeichnet Regionen, die von stark umweltbelastenden Industrien abhängig sind, als „Opferzonen“, in denen ein „industriell-technologischer Lock-in“ Konversion trotz toxischer Umweltverschmutzung verzögere. Dagegen zeichnen *Sander/Haas* kritisch die Governance-Strukturen und regionalpolitischen Leitbilder nach, mit denen der bereits beschlossene und eingeleitete Ausstieg aus der Braunkohleverstromung im rheinischen und im mitteldeutschen Revier regionalpolitisch bearbeitet wird.

Menges/Henke/Jung diskutieren eine Abkehr vom Modell des linearen Wirtschaftens, in dem nicht mehr gebrauchte Produkte mit der

Entsorgung aus dem Wirtschaftsprozess verschwinden. Aus der „urbanen Mine“ nicht mehr genutzter Infrastrukturen und Gebäude, langlebiger Güter und bereits deponierter Materialien ließen sich heute bereits mehr Rohstoffe gewinnen als aus den geologischen Lagern. Was ein Übergang zu „urban mining“ für Geschäftsmodelle, Technologien, Produktdesigns und Konsumstile bedeuten könnte, lässt sich – so ihr Fazit – nur in einem größeren gesellschaftlichen Suchprozess klären.

3.2 Auch in der betrieblichen Konversion: Primat der Politik

Im historischen Fall der Rüstungskonversion hatte sich der Staat auf eine indirekte Rolle beschränkt: Die Abrüstungspolitik nach dem Ende des Kalten Kriegs hatte zwar den Anstoß gegeben, indem sie der Rüstungsindustrie Nachfrage entzog, auf die der Staat ein Monopol hatte. Sich daran anzupassen, hatte die Politik jedoch – von regionalen Förderprogrammen abgesehen – den Betrieben als privatwirtschaftliche Aufgabe überlassen.

Dagegen sind betriebliche Maßnahmen der Dekarbonisierung heute auf sektorale Klimaziele ausgerichtet, auf die sich Staaten verpflichtet haben und für die sie den Takt setzen. Die betrieblichen Akteure erwarten Planungssicherheit durch langfristig verbindliche politische Vorgaben. Und da die sektoralen Minderungsziele einem fortlaufenden politiknahen Monitoring unterliegen, entstehen bei Zielverfehlung Legitimationsprobleme für die politisch Verantwortlichen. Anders als noch in der Bewältigung der ostdeutschen Transformationskrise akzeptiert ein größerer Teil des politischen Spektrums im Grundsatz eine Gestaltung und Steuerung durch Anreizsysteme und durch staatliche Industriepolitik. Auch besteht eine stärkere Bereitschaft, die Umstellung von Schlüsselprozessen wie der Stahlerzeugung zu subventionieren oder die regionalen Folgen etwa des Ausstiegs aus fossilen Energieträgern zu kompensieren. Politische Steuerung ist also für betriebliche Konversionskonzepte von weitaus größerer Bedeutung als in der Vergangenheit.

Dass der Neoliberalismus delegitimiert scheint und nicht mehr allein linke Forderungskataloge, sondern auch staatlich geförderte Transformationsprogramme Eingriffe in den Markt vorsehen, veranlasst *Wiethold* dazu, in ihrem Beitrag neu über Konzepte der Wirtschaftsdemo-

kratie nachzudenken. Sie spricht aber zugleich von einem neuen Korporatismus (siehe dazu 4.4).

Martens/Keil/Mewes finden bei den Betriebsräten, die sie zur Transformation befragt haben, ein hohes Maß an Zustimmung zu einer steuernden und koordinierenden Industriepolitik, die betrieblichen Entscheidungen durch Vorgaben, Umweltauflagen, Förderprogramme und Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten die Richtung weist. Die Befragten stellen zugleich fest, dass die Politik ihre industriepolitischen Möglichkeiten noch kaum ausspielt. Auch für eine „arbeitnehmergetriebene“ Konversion gelte demnach ein Primat der Politik: Die Umstellung könne nicht allein von den betrieblichen Interessenvertretungen der Beschäftigten ausgehen.

Hirse Korn/Rosswog leiten aus dem VW-Gesetz eine Möglichkeit zur direkten politischen Intervention in den Konzern ab, fordern aber zugleich eine Politik der Verkehrswende ein. Von den Belegschaften der Autokonzerne könne nicht erwartet werden, dass sie bei der Umstellung der Produktion vorangehen, solange die Politik weder den Nahverkehr ausbaue noch schwere Fahrzeuge stärker besteuere.

Auch *Schaffert* und *Mohr* kritisieren in ihren Beiträgen, dass verlässliche politische Vorgaben fehlen, nicht finanziert sind oder die Weichen nicht richtig stellen.

3.3 Grenzen betrieblicher Konversion kommen schneller in den Blick

Schon als die Arbeitskreise Alternative Fertigung in den 80er Jahren „sozial nützliche“ und „umweltfreundliche“ Produktvorschläge entwickelten, konnten betriebliche Akteure nicht allein „entdecken, was nützlich ist“ (Hildebrandt et al. 1983: 19). Doch die Kriterien dafür waren recht unbestimmt und es blieb strittig, ob es darüber überhaupt einen gesellschaftlichen Konsens geben könne.

Heute lassen sich Ideen für ein verändertes, nachhaltigeres Leistungsangebot zum Beispiel am potenziellen Beitrag zur Reduktion klimarelevanter Emissionen messen. Gleichzeitig können sie sich auf einen breiteren normativen Diskurs über Umwelt- und Klimagerechtigkeit (Otto 2024) und nachhaltige Arbeit (Jochum et al. 2020) stützen.

Doch bei der großen gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reichweite der sozialökologischen Transformation kommen auch Grenzen betrieblicher Produktionsumstellungen schneller in den Blick. Dies gilt zum einen für die ökologischen Wirkungen neuer Produkte: Nur in Verbindung mit Veränderungen auf der Verwendungsseite, also dem Übergang zu suffizienteren Formen der Bedürfnisdeckung, können sie dazu beitragen, Klima- und Umweltziele zu erreichen. Und Nachfrage nach ihnen entsteht nicht allein durch Substitution weniger nachhaltiger Produkte, sondern setzt zugleich Veränderungen der Lebensweise, mithin eine andere Zusammensetzung des letzten Verbrauchs voraus. Zum anderen ist auch die technische Umsetzung neuer Produktionslinien stärker an außerbetriebliche Bedingungen geknüpft: Der Ausstieg aus fossiler Energie und die Minderung klimaschädlicher Emissionen lassen sich nicht ohne weitreichende Veränderungen in den Wertschöpfungsketten, in vor- und nachgelagerten Infrastrukturen (etwa für „grünen“ Strom und Wasserstoff) erreichen.

Je mehr systemische Anforderungen aber durch ökosozial nachhaltige Produktalternativen gestellt werden, desto anspruchsvoller wird es, ihre Realisierbarkeit nachzuweisen und regionale oder überregionale Nachfrage auf sie umzulenken. Und damit sind sie nicht nur Streitsachen im betrieblichen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, sondern von vornherein in größere ökologische Gesellschaftskonflikte eingebunden. Zugleich erhalten Umstellungsstrategien auf Branchenebene, in der Wertschöpfungskette oder in der jeweiligen Region gegenüber einzelbetrieblichen Ansätzen größere strategische Bedeutung.

Für *Mohr* und *Gaßen* ist die Betriebsebene das Zentrum der Strategiebildung für den ökosozialen Umbau der Wirtschaft. Sie nehmen dabei jedoch gegensätzliche Perspektiven ein.

Gaßen stellt den Kampf des Fabrikkollektivs, welches das ehemalige Werk des Automobilzulieferers GKN in Campi Bisenzio bei Florenz seit Sommer 2021 besetzt hält, als gegenhegemoniales Projekt dar. Dass aus einem Abwehrkampf gegen Arbeitsplatzverluste eine Bewegung für alternative, ökologisch nachhaltige Produktion in einer genossenschaftlichen, öffentlichen und sozial integrierten Fabrik wurde, stärke das wirtschaftliche Potenzial der Region, setze ein Beispiel für die Überwindung hierarchischer Strukturen im Betrieb und biete einen Gegenentwurf zur neoliberalen Produktions- und Beziehungsweise.

Dagegen sieht *Mohr* die Aufgabe gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Betrieb darin, unter den gegebenen Eigentumsverhältnissen im Dialog mit Belegschaft und Management transformative Strategien des Arbeitgebers einzufordern sowie Veränderungsprozesse zu initiieren und mitzugestalten. Frühere Konversionskonzepte hätten die Schwierigkeiten des betrieblichen Umbaus und der Diversifizierung in dicht besetzten Märkten mit hoher Spezialisierung unterschätzt. Gerade weil Akzeptanz und Umsetzbarkeit auf der Betriebsebene für die Gewerkschaftsbewegung zentral seien, gehe es um Nutzung und Erweiterung von Handlungsspielräumen im dort gegebenen Rahmen und nicht um Systemwandel.

Für *Martens/Keil/Mewes* haben betriebliche Konversionsfälle wie der von ex-GKN oder der weniger prominente Kampf für den Erhalt des Bosch-Werks in Berg am Laim (München) (siehe Kaiser 2023) exemplarischen Wert: Sie könnten die Politisierung von Produktionsentscheidungen und das Entstehen politischer Allianzen von Beschäftigten und Klimaaktiven unterstützen. Doch stimmen sie mit *Ottaiano* darin überein, dass Schließung oder Verlagerung, Besetzung und Betriebsübernahme oder Genossenschaftsgründung unter den deutschen Bedingungen nicht das prägende Muster für ökosoziale Konversion sein können. Betriebsräte erwarteten die wirtschaftliche Umsetzung von Alternativkonzepten zur Beschäftigungssicherung, die unter ihrer Beteiligung entstünden, eher vom betrieblichen Management oder von etwaigen neuen Investoren. Auch *Hirse Korn/Rosswog* halten die Möglichkeiten von Belegschaften, durch öffentlichen Druck die Änderung von Geschäftsmodellen zu erreichen, für äußerst begrenzt. Vergesellschaftung sei daher der entscheidende Hebel dafür, Werksschließungen abzuwenden. Zugleich aber setze die Konversion der Automobilproduktion eine politische Verkehrswende voraus.

Dass in betrieblicher Strategiebildung zugleich sozialökologische Transformationskonflikte auszutragen sind, zeigt in diesem Band die Kontroverse über die Umbauperspektive für Hersteller und Zulieferer in der Automobilindustrie. Strittig ist dabei weniger die produktionstechnische Frage, ob etwa VW mit der vorhandenen Ausrüstung und den vielseitig qualifizierten Belegschaften zum Beispiel auch Straßenbahnen bauen könnte, wie es die von *Hirse Korn/Rosswog* dargestellte Wolfsburger Verkehrswendekampagne forderte. *Mohr* geht davon aus, dass auch massive Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Ver-

kehrt den Verlust von automobiler Beschäftigung weder an den Standorten noch gesamtwirtschaftlich kompensieren könnten. Da das Auto auch in einem veränderten Mobilitätsmix weiterhin eine wichtige Rolle spielen müsse, sei der Wechsel der Antriebstechnologie der wichtigste klimapolitische Handlungsansatz für den Verkehrssektor. Dagegen bezeichnen *Hirse Korn/Rosswog* die Antriebswende zum E-Auto als Scheinlösung. Die Zahl der zugelassenen Autos müsse aus klima- und umweltpolitischen Gründen und unabhängig vom Antrieb sinken – es brauche eine Verkehrswende und keine Antriebswende. Auch *Martens/Keil/Mewes* und *Ottaiano* erwarten, dass die klimapolitisch gebotene Mobilitätswende über die Elektrifizierung des Individualverkehrs hinausgehen und das automobile Wertschöpfungs-system grundlegend in Frage stellen muss.

Eine agrarische Konversionsstrategie kann nach *Hirte/Poppinga* von vornherein nicht auf die bäuerlichen Erzeugerbetriebe beschränkt bleiben, da diese zwar überwiegend in Selbständigkeit geführt werden, aber in der Wertschöpfungskette gegenüber den hochkonzentrierten verarbeitenden Betrieben und dem Handel wirtschaftlich machtlos sind.

Menges/Henke/Jung behandeln mit der Schließung von Stoffkreisläufen und der Gewinnung von Ressourcen aus der urbanen Mine eine Umbauaufgabe, die sich gar nicht vorwiegend privatwirtschaftlich und betriebsförmig lösen lässt, sondern die Beteiligung öffentlicher bzw. kollektiver Akteure erfordert.

Bartelheimer erinnert im historischen Rückblick daran, dass sich bereits in den 90er Jahren Betriebsräte und Gewerkschaften auf regionaler Ebene auf andere Akteure, Konfliktmechanismen und Aushandlungsprozesse einstellen und andere Machtressourcen mobilisieren mussten als im Betrieb. *Sander/Haas* zeigen, dass in den Braunkohleregionen mehr umstritten ist als nur der Pfad des Ausstiegs aus der Kohleverstromung. Sie diskutieren die Region als eigenständige Gestaltungsebene für einen gerechten Übergang zu einer postfossilen Ökonomie, auf der auch Leitbilder des Strukturwandels und demokratische Beteiligungsformate Gegenstand von Transformationskonflikten werden. *Wiethold* will zudem die Diskussion darüber nicht allein auf die Regionen beschränkt wissen, die aktuell von Produktionsumstellungen wirtschaftlich prägender Betriebe betroffen sind.

Ötsch führt mit ihrem Beitrag die finanzpolitische Regulierung als eigene weitere Gestaltungsebene für Konversionsstrategien in die Diskussion ein. Sie bilanziert die bisherigen Ansätze zur Finanzierung der sozialökologischen Transformation kritisch und schlägt eine Finanzierungsstrategie „von unten“ vor, die auf mehr öffentlichen Einfluss, ökosoziale Bedingungen für Finanzinvestitionen und Finanz- und Geldflüsse sowie auf demokratische Beteiligungsprozesse auch bei Finanzierungsentscheidungen setzt.

Zwar muss Erwerbsarbeit in letzter Instanz auf der Betriebsebene nachhaltig werden. Doch eine Reihe von Argumenten spricht dafür, Initiativen zur betrieblichen Produktionsumstellung mit *Martens/Keil/Mewes* als Teil einer umfassenden ökosozialen Konversionsstrategie zu verstehen, die ganze Wertschöpfungs-systeme umfassen muss und die der Unterstützung durch regionale und makroökonomische Instrumente bedarf.

3.4 Beschäftigung sichern – auch am Arbeitsmarkt

Konversion wurde in der Vergangenheit konzeptionell stark mit betrieblicher Arbeitsplatzsicherung identifiziert. In den Betrieben, für die Produktionsumstellungen diskutiert wurden, dominierten „geschlossene“ Beschäftigungssysteme (Köhler/Loudovici 2008), die nicht den externen Arbeitsmarkt einschalteten. Sicherungsansprüche und berufliche Identitäten waren an den Arbeitsplatz im Betrieb gebunden. Vorschläge für alternative Produktion konnten sich in vielen Fällen auch im Konflikt mit der Kapitalseite auf einen ‚impliziten Arbeitsvertrag‘ berufen, dem zufolge Beschäftigung betriebsintern zu sichern sei – nach der Formel „Arbeitsplatzerhalt und ökologische Nachhaltigkeit“ (Birke 2023: 7).

Auch im ökosozialen Umbau der Wirtschaft wird das Interesse an betrieblicher Beschäftigungssicherung der Ausgangspunkt für Kritik an Produkten und Geschäftspolitik sein. Konversionskonzepte können jedoch aufgrund der größeren gesamtwirtschaftlichen Reichweite der notwendigen Umstellung schwerer versprechen, Beschäftigung, beruflichen Status und Einkommen einzelbetrieblich zu sichern. Nicht alle Produktionsanlagen lassen sich für Produktalternativen weiter nutzen, und für Produktlinien und Geschäftsmodelle, die klima- und umwelt-

politisch nicht mehr zu vertreten sind, bedeutet Umbau auch Rückbau. Die Akzeptanz für Klimakonversion hängt daher kritisch von sozialen Garantien ab, die auch selbstbestimmte Arbeitsmarktübergänge mit außer- oder überbetrieblicher Requalifizierung ermöglichen und dabei Niveaus der Lebensführung durch ein Maß an Einkommensstabilität sichern. Für eine solche „just transition“ (Mandelli 2023) werden Arbeitsförderung und soziale Sicherung, die bisher kaum auf die Bearbeitung ökosozialer Transformationsrisiken ausgerichtet sind, zu einer entscheidenden außerbetrieblichen Voraussetzung betrieblicher Konversion.

Seit 2005 sind Einkommenssicherung und Arbeitsförderung auf zwei Träger mit unterschiedlichen Leistungslogiken verteilt. Leistungen der Arbeitsagenturen nach dem Recht der Arbeitsförderung¹ entsprechen, auch wenn viele ihrer Leistungen steuerfinanziert sind, der „moralischen Ökonomie“ (Thompson 1980) der Sozialversicherung. Sie berücksichtigen das bisherige Entgelt und damit den erworbenen Lebensstandard und gelten den Beschäftigten als eigentumsähnlich. Dagegen arbeiten die Jobcenter nach dem Recht der Grundsicherung². Sie stehen für Ausschluss, und ihre Leistungen in Anspruch zu nehmen, steht moralisch unter Missbrauchsverdacht. Auch wenn ein Teilhabe sicherndes letztes Netz zu den unverzichtbaren Garantien in der Transformation gehört, wird eher eine erweiterte Arbeitsversicherung der Adressat für die geforderte Sicherung bei Stellen- oder Berufswechseln sein.

Die Sicherung beruflicher Konversion durch arbeitsmarktbezogene politische Förderung der Weiterbildung diskutiert *Knuth*. Das derzeitige „kompartimentalisierte“ System der Arbeitsförderung, in dem für Arbeitslose, Beschäftigte und von Arbeitsplatzverlust Bedrohte unterschiedliche Regelungen und Leistungslogiken gelten, sei nicht mehr kleinteilig zu verbessern. Auch die Weiterentwicklung der Instrumente zur Weiterbildung für Beschäftigte, die 2019 mit dem Qualifizierungschancengesetz begann, setze einen stabilen, kollektiven betrieblichen Handlungsrahmen und Stabilität des Erwerbsstatus voraus, der bei Übergängen mit mehreren Statuswechseln gerade nicht mehr gegeben sei. *Knuth* plädiert daher für einen neuen transformativen Universalis-

¹ Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung (SGB III).

² Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II).

mus, der alle, die berufliche Veränderung anstreben, auf der Grundlage eines individuellen, vom betrieblichen Status unabhängigen Anspruchs fördert und dessen Instrumente konzeptionell auf Fachkräftesicherung im sektoralen Strukturwandel ausgerichtet sind.

Zwar sieht auch *Mohr*, dass für den Übergang von Betrieb zu Betrieb unterstützende Instrumente fehlen. Sie setzt aber gerade auf einen kollektiven Handlungsrahmen für Weiterbildung und Beschäftigten-transfer, etwa durch Betriebsvereinbarungen oder betriebsbezogene Tarifverträge und über den Betrieb umgesetzte Förderinstrumente wie das Qualifizierungsgeld. Da sich die Qualität der Beschäftigung am ehesten durch Alternativen im Betrieb erhalten lasse, sollten Beschäftigte, deren Arbeitsplätze wegfallen, vorrangig vom Arbeitgeber für neue Aufgaben qualifiziert werden. Erst wenn nicht jeder einzelne Arbeitsplatz erhalten werden kann, rückt für sie die Branche oder die Region als gewerkschaftliche Handlungsebene in den Blick.

Ottaiano dagegen hält auch eine gewerkschaftliche Strategie für möglich, die Beschäftigte, deren bisherige Tätigkeit in der Transformation verloren geht, und Bereiche neuen Bedarfs, etwa in der Wasserstoff- und Kreislaufwirtschaft, zusammenführen kann.

4. *Subjekte und Allianzen*

Heute sorgt sich zwar eine breite Mehrheit der Gesellschaft um den Klimawandel und um Umweltprobleme, zugleich aber werden Konflikte um Maßnahmen dagegen in großer Schärfe ausgetragen (siehe dazu *Mau et al.* 2023). Als handlungsorientiertes Konzept kann Konversion eine Antwort auf Verantwortungsdiffusion in der Klima- und Umweltkrise geben. Könnten aber Konversionsstrategien nicht benennen, welche Akteur:innen den Wandel umsetzen wollen und können, entstünde nur eine weitere Form von Verantwortungsdiffusion. Mit der Frage nach den Subjekten der Konversion sind weitere strategische Fragen verbunden: Wo sollen Strategien primär ansetzen und wie sollen sie vorgehen? In welchem Zeitrahmen sollen Ziele und Zwischenziele erreicht werden?

4.1 *Mosaik-Linke gegen Mosaik-Rechte*

Als die Idee der Konversion nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 wieder diskutiert wurde, war sie eng mit dem Konzept der Mosaik-Linken verknüpft. Den Begriff prägte Hans-Jürgen Urban: Er plädierte (2009: 75) für eine „integrierte sozial-ökologische Konversionspolitik“ sowie für eine „neue, ökologisch und sozial orientierte Wirtschaftsdemokratie“ in Abgrenzung von strukturkonservativen Leitvorstellungen, die am fossilistischen Kapitalismus festhalten. Angesichts des Versagens von Finanzmarktkapitalismus, Neoliberalismus und Umweltkrise sei ein sozialökologischer Systemwechsel erforderlich, der jedoch „eines agierenden Akteurs, einer handlungswilligen und -fähigen Linken“ bedürfe (ebd.: 72). Im Mittelpunkt einer anzustrebenden Allianz aus zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Gewerkschaften sollten die exportorientierten Industriesektoren stehen, die als „tragende Säulen der industriellen Wertschöpfungsbasis“ (ebd.: 74) die Grundlage durchsetzungsfähiger Gewerkschaften bildeten. Während soziale Bewegungen die sozialen Belange der Beschäftigten ernst nehmen sollten, sollten Gewerkschaften proaktiv den ökologischen Wandel unterstützen. Urban betont, dass die Formierung einer solchen Mosaik-Linken als heterogener Kollektivakteur einen längeren und „holprigen“ Prozess erfordere (ebd.: 78).

Zwar bekennen sich inzwischen Kapitalfraktionen (zumindest rhetorisch) zur Dekarbonisierung im Rahmen eines grünen Kapitalismus. Aber Finanzströme in fossile Bereiche der Wirtschaft lagen im Jahr 2024 (bis Ende November) immer noch bei 5,1 Billionen US-Dollar (urgewald e.V. 2024). Anstelle der Mosaik-Linken hat sich eher eine Mosaik-Rechte formiert – als Bündnis rechtsextremer Nationalisten, Libertärer, Rechtskonservativer und Rechtsreligiöser. Sozialökologische Bündnisse müssen sich nicht nur gegen eine aggressive und radikale Opposition behaupten; sie müssen sich auch einer hohen Anspruchshaltung und starken Herausforderungen stellen. Problematisch sind fehlende materielle und zeitliche Ressourcen der Akteur:innen, die sich für den sozialökologischen Wandel einsetzen, sowie die Systemlogiken und Pfadabhängigkeiten und Zielkonflikte, die diesen Zielen entgegenwirken. Sind also sozialökologische Bündnisse, die ambitionierte Konversionskonzepte tragen können, überhaupt erfolgversprechend?

4.2 Ökologische Klasse oder „Working Class Environmentalism“?

Wird die ökologische Krise der prägende Klassenkonflikt des 21. Jahrhunderts (Mau et al. 2023)? Trifft Dörres Diagnose einer „epochalen Krise“ zu, in der ein „Zangengriff von Ökonomie und Ökologie“ alle „sozialen Felder und gesellschaftlichen Teilsysteme“ umfasst und die ökologische Krise es nicht mehr erlaubt, soziale Konflikte durch eine (bescheidene) Teilhabe der Beschäftigten am Wirtschaftswachstum zu befrieden (Dörre 2021: 85)? Oder liegt das Problem in einem Denken und einer Kultur, die einen Dualismus von Natur und Kultur voraussetzen und in Praktiken übersetzen? Sollte daher wirksames Handeln im kulturellen und ästhetischen Kontexten beginnen und eine ökologische Klasse konstruieren (Latour/Schultz 2023)?

Während ökologische Klassenkonzepte den Arbeits- und Kapitalsektor oft ausblenden, suchen Ansätze einer Umweltpolitik der Arbeiterschaft („Working Class Environmentalism“, Rätzhel et al. 2022; Stevis 2011) nach Wegen, um breitere Gesellschaftsschichten zu erreichen. Strategien, die wissens- und ästhetikbasierte Ansätze mit klassenbasierten Methoden verbinden, könnten eine breitere Basis für sozialökologische Bewegungen schaffen. Das von *Gaßen* beschriebene Fabrikkollektiv ex-GKN arbeitet nicht nur mit der Umweltbewegung, lokalen Vereinen und sozialen Gruppen und Wissenschaftler:innen zusammen, sondern auch mit Akteur:innen des kulturellen Sektors. Es nutzt kulturelle Mittel, die an bestehende Narrative anknüpfen und neue schaffen, was vermutlich dazu beigetragen hat, dass das Kollektiv eine starke Faszination ausübt.

Dem Konzept des „Working Class Environmentalism“ entspricht in der Klima- und Umweltbewegung die Diskussion um eine Arbeitsweltorientierung („Labour Turn“, Pye 2017; vgl. Bell/Bevan 2021; Schaupp 2024; Sweeney 2019). Erfolgreiche Beispiele sind etwa das Bündnis von Fridays for Future und ver.di für einen besseren öffentlichen Verkehr (#wirfahrezusammen, Autor*innenkollektiv Climate-Labour.Turn 2023) oder das Bündnis „Bahn für alle“.

4.3 Ökosoziale Konversion als Bündnispolitik

Da ökosoziale Konversionskonzepte im Betrieb und in der Region in gesellschaftliche Konflikte um Reichweite und Geschwindigkeit der Transformation einbezogen sind, bedürfen sie der Unterstützung durch die Klima- und Umweltbewegung und durch weitere zivilgesellschaftliche Gruppen. Ökosoziale Konversion ist daher Bündnispolitik, und Bündnisfragen sind in einer Reihe von Beiträgen in diesem Band sehr präsent.

Die Kampagne „Verkehrswendestadt Wolfsburg“, deren Erfahrungen *Hirse Korn/Rosswog* beschreiben, war von der strategischen Überzeugung getragen, dass Arbeiter:innen und Klimaaktivist:innen auch in CO₂-intensiven Produktionsbereichen bündnisfähig sind. *Gaßen* stellt in ihrer Darstellung des Kampfs um das ex-GKN-Werk bei Florenz die erfolgreiche breite Bündnisarbeit des Fabrikkollektivs heraus. Dagegen distanziert sich *Mohr* von „linksalternativen“ Aktionen, die ohne breitere Verankerung in der Belegschaft und deren Interessenvertretungen und ohne realistische Chance auf Verwirklichung „von außen“ an die Betriebe herangetragen würden. Für weitreichende Vorstellungen von Konversion als Systemwandel sei die Mosaik-Linke aktuell viel zu schwach und diskursiv und politisch nicht mehrheitsfähig.

Trotz eines breiten Konsenses über die Notwendigkeit der agrarischen sozialökologischen Transformation treffen in diesem Feld Zielvorstellungen von Erzeugerbetrieben, agrarisch-industriellen Unternehmen, Umwelt- und Verbraucherverbänden und der Agrarpolitik aufeinander. *Hirte/Poppinga* diskutieren, welche bündnisorientierten Konversionsstrategien bäuerlicher Betriebe angesichts dieser divergierenden Interessen möglich sind. *Sander/Haas* sehen in breiten regionalen Allianzen von Gewerkschaften, Betriebsräten, Umweltverbänden und Klimagruppen, Vereinen, Initiativen, Kirchen und Parteien eine Voraussetzung für eine Regionalentwicklung, die sich an globaler und regionaler Klimagerechtigkeit orientiert. Nur auf einer solchen Grundlage halten sie auch eine Konversion der Energieversorger zu demokratisierten öffentlichen Unternehmen für möglich.

4.4 Praxis zwischen Korporatismus und Politisierung

Konversionskonzepte, so auch unsere Hoffnung, könnten eine Antwort auf das gewerkschaftliche „jobs vs. environment dilemma“ (siehe unter 1.) sein. Die Beiträge in diesem Band spannen ein Feld auf zwischen den Polen eines neuen Korporatismus, den *Martens/Keil/Mewes* und *Ottaiano* in Betriebskonflikten wahrnehmen, und einer Politisierung von Produktionsentscheidungen in der öffentlichen und sozial-integrierten Fabrik (ex-GKN, *Gaßen*).

Transformationskonflikte in der Arbeitswelt, so die These von Dörre et al. (2024), sind durch das Spannungsverhältnis zwischen dem ökologischen und dem Klassenkonflikt geprägt. Die Konfliktodynamiken werden durch Eigentümerinteressen bestimmt.

„Ob Transformationskonflikte eher konservierend oder eher transformativ verlaufen, hängt in mitbestimmten Unternehmen maßgeblich von Betriebsräten und Gewerkschaften ab. Wahrscheinlich ist in diesen Arenen (...) die Herausbildung eines Transformationskorporatismus, der nachhaltig nur wirkt, sofern Belegschaften beginnen, Verantwortung für das zu übernehmen, was sie herstellen.“ (Dörre et al 204: 12f.)

In den von *Martens/Keil/Mewes* und *Ottaiano* diskutierten Fällen zeichnet sich ein sozialpartnerschaftliches Muster gewerkschaftlicher Interessenpolitik in betrieblichen Transformationskrisen ab. Die Instrumente, die einer solchen Politik zu Gebote stehen, Zukunftsteams, Transformationsfonds³, Zukunftstarifvertrag, Qualifizierungs- bzw. Transformationsgeld, regionale Transformationsnetzwerke, wären für die Arbeitskreise Alternative Fertigung der 80er Jahre, die historischen Vorreiter betrieblicher Konversionskonzepte, ein großer und greifbarer Erfolg gewesen. *Mohr* beschreibt sie aus der Perspektive der Zentrale der IG Metall als Mittel der Wahl zur Beschäftigungssicherung und zur ökologischen Transformation. *Martens/Keil/Mewes* und *Ottaiano* werten sie in Anlehnung an Röttger (2011) als wettbewerbskorporatistisch, da sie durch die Märkte für alternative Produkte begrenzt werden und Logiken der Kapitalseite übernehmen. *Ottaiano* spricht von klassischen Abwehrkämpfen um Beschäftigungssicherung,

³ Einige dieser Instrumente suchen IG Metall und Betriebsrat derzeit auch zur Beschäftigungssicherung bei VW zu erkämpfen.

die nur zaghaft in Richtung nachhaltigerer Produkte und Geschäftsmodelle erweitert werden. Mit einer Demokratisierung von Betrieben und Wirtschaft habe das nur wenig zu tun.

Auch *Wiethold* sieht die Möglichkeit eines solchen neuen Korporatismus, also partieller Bündnisse von Kapital, Gewerkschaften und etablierten Verbänden mit dem Staat zu Lasten breiter demokratischer Beteiligung und umfassender sozialökologischer Lösungen. Damit die Transformation nicht in den Rahmenbedingungen kapitalistischer Konkurrenz verbleibt, empfiehlt sie eine Wiederbelebung regionaler Wirtschaftspolitik. Allerdings stellen *Sander/Haas* in den Braunkohlerevieren ebenfalls einen regionalen Korporatismus fest, der demokratische Beteiligung begrenzt und auf ein marktwirtschaftliches Modell der Regionalentwicklung orientiert.

Wie aber lässt sich der wirtschaftsdemokratische Konversionsanspruch erhalten, wenn auch im weitreichenden Umbau der Wirtschaft praktikable und rentable Geschäftsmodelle gefordert sind (*Menges/Henke/Jung*)? Als zentral könnte sich hier – noch unterhalb einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse – die Bündnisfrage erweisen: das Hereinholen außerbetrieblicher Akteure, die ein gesellschaftliches Konversionsziel repräsentieren.

4.5 Inkrementeller Wandel oder Systemwandel

Auch die Reichweite des Wandels und die Frage, ob inkrementelle Strategien der Aufgabe angemessen sind oder ob ein Systemwandel notwendig ist, sind umstritten.

Jüngere Diskussionen über staatliche oder private Governanceformen werden pragmatisch geführt. Der Klimawandel erfordert schnelles Handeln, weshalb sowohl private, öffentliche, halböffentliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure adressiert werden müssen. Es entsteht ein größeres Bewusstsein über den sozialen bzw. politischen Charakter von Marktinstitutionen und damit auch über deren Steuerungsmöglichkeiten. Der konzeptionelle Rahmen des unternehmerischen Staates (Mazzucato 2024) hat Konzepte der Industriepolitik inspiriert, die für eine Renaissance der öffentlichen Kontrolle und der Ausweitung staatlicher Steuerungsmöglichkeiten stehen, etwa über die Gestaltung von Verträgen (Mazzucato/Rodrik 2023: 8f.).

Mohr ist überzeugt, dass die IG Metall mit den beschriebenen betrieblichen Instrumenten inkrementellen Wandels gemeinsam mit den Beschäftigten „glaubhafte Perspektiven“ entwickeln kann. Sie seien für Belegschaften anschlussfähig und verlangten ihnen nicht zu viel ab. *Cramon-Taubadel/Gruppe* halten es für kontraproduktiv, im Agrarbereich intentionale Maßnahmen gegen den marktgetriebenen Strukturwandel zu immer größeren, effizienter produzierenden Betrieben durchzusetzen. Solche Interventionen seien in der Vergangenheit nicht erfolgreich gewesen.

Befürworter:innen eines Systemwandels bzw. eines qualitativen Wandels, der andere Regeln einführt, weisen hingegen auf die planetaren Grenzen als harte Grenzen hin und auf die Gestaltbarkeit der Welt. Für die Landwirtschaft nennen *Hirte/Poppinga* konkrete Beispiele positiven Wandels, die jedoch durch nachteilige politisch-ökonomische und wissenschaftliche Hindernisse gehemmt und in eine Nische abgedrängt werden. Die Frage der Skalierbarkeit solcher Nischenprojekte bleibt offen. *Hirse/Rosswog* wenden gegen Konzepte des inkrementellen Wandels der Automobilindustrie ein, dass sie, selbst wenn sie gelängen, die ökologischen Grenzen nicht respektieren würden.

Da Zielerreichung etwa beim Klimawandel an harten Kriterien wie dem Erreichen der Klimaziele gemessen werden kann, sind jedoch auch inkrementelle Ansätze nicht anspruchslos; sie kommen nur von der anderen Seite. *Mohr* zieht weitreichenden Vorstellungen von Konversion als Systemwandel das IG-Metall-Motto „Fairwandel“ vor. Wie sie es beschreibt, dürfte es aber in der Sache kaum auf weniger hinauslaufen: Es erkenne die Notwendigkeit an, Leben und Wirtschaften grundlegend zu verändern, und solle Ansprüche an gute Arbeit und Mitbestimmung auf das Was und Wie der Produktion ausweiten. Sofern sie das Ziel wirklich anstreben, resultieren aus solchen Ansätzen Praktiken eines radikalen Reformismus.

4.6 *Wie demokratisiert man die Transformation?*

Wirtschaftsdemokratie wurde in Westdeutschland in der Restaurationsperiode bis Anfang der 50er Jahre, in Ostdeutschland mit dem Beitritt zur Bundesrepublik und mit dem Privatisierungsauftrag der Treuhand bis auf Restbestände ausgeschlossen. Wirtschaftliche Ent-

scheidungen fallen in den Betrieben vordemokratisch. Für uns war daher die Auseinandersetzung mit Konversionskonzepten auch die Frage danach, wie die notwendige ökologische Transformation dem demokratischen Prozess zugänglich gemacht werden kann.

Wiethold weist in ihrem Beitrag zu diesem Band auf komplexe Herausforderungen für eine wirtschaftsdemokratische Praxis hin, die bei dichotomen Gegenüberstellungen von Kapital und Arbeit oder von gesellschaftlichem Interesse vs. Kapitalinteressen ausgeblendet werden. In pluralen Gesellschaften müssen gemeinsame Ziele und Interessen bestimmt und gebündelt werden, da es keine allgemeinverbindliche Form von Gemeinwohl gibt. Die daran Beteiligten streben zudem verschiedene Wohlstandsmodelle (z.B. Green Economy oder Suffizienz) an und haben unterschiedliche Vorstellungen über die Aufgaben von Privatwirtschaft und Staat. Dass in der Automobilindustrie Wertschöpfung wegbricht, kann mit einer Verschiebung der Werteskala zwischen Branchen, mit einer Aufwertung des Dienstleistungssektors und einem Mehr an Geschlechtergleichheit einhergehen. Betriebliche und regionale Konversion stellen unterschiedliche Anforderungen an demokratische Beteiligung. Für *Wiethold* ist es eine offene Frage, wie sich direkte Demokratie auf den verschiedenen Stufen des politischen Mehrebenensystems zu repräsentativer Demokratie verhält. Sie sieht wirtschaftsdemokratische Vorhaben als Chance, die Destruktionspotenziale des Kapitalismus einzudämmen. Dazu müssten jedoch die beteiligten Akteure ihre Avantgarde-Ansprüche aufgeben, lernfähig sein und sich auf andere Sichtweisen und Interessen einlassen. Sie müssten über Einzelprojekte hinaus universell denken und handeln, um eine echte Veränderung zu erreichen.

4.7 *Konversion als Wette auf Demokratie*

Wenngleich wir wissen, dass sie voraussetzungsvoll sind, halten wir es nach der Auseinandersetzung mit Fällen, Rahmenbedingungen und Argumenten für hilfreich, Konversionsstrategien in der stockenden Transformation anzuwenden. In den Beiträgen zu diesem Band klingen verschiedene Zukunftsszenarien an:

- eine durch einen autoritären Rechtsruck abgebrochene Transformation, die in der Umweltkatastrophe endet;
- ein (zu) langsamer, aber stetiger Gang in eine grüne Wirtschaft;
- der Übergang in eine sozialökologische Zukunft, die mittels wirtschaftsdemokratischer Elemente qualitativ nachhaltigen Systemlogiken folgt.

Unter den Autor:innen bestand keine Einigkeit darüber, ob das zweite oder das dritte Szenario der bessere Weg sei. Allerdings ist Konsens, dass ein autoritärer Rechtsruck und der voraussichtlich damit einhergehende Verzicht auf Maßnahmen der sozialökologischen Transformation unbedingt abgewendet werden müssen.

Die meisten Menschen erleben Krise und Strukturwandel im betrieblichen Rahmen, nicht etwa in Arbeitslosigkeit oder Ausgrenzung vom Beschäftigungssystem. Die hierarchische und ungleiche Machtverteilung zwischen Unternehmensführung und Beschäftigten hat daher politische Konsequenzen. Wie aktuelle Studien zeigen, sind das Erleben von Kontrolle, Handlungsfähigkeit und Einfluss am Arbeitsplatz bestimmend für politische Einstellungen (Kiess/Schmidt 2024; Kohlrusch et al. 2024). Kaum etwas dürfte daher antidemokratischen Einstellungen und dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien stärker entgegenwirken, als Demokratie in der Arbeitswelt zu erleben und substantielle wirtschaftliche Bürgerrechte wahrzunehmen.

Als Strategie, die Beschäftigte und wirtschaftlich Aktive mitgestalten lässt, berücksichtigt Konversion nicht nur die Interessen der Beteiligten besser – sie ermöglicht Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und kollektivem Handeln und eröffnet Wege aus depressiven Verstimmungen angesichts des Zustands der Welt. Wenn Beteiligte mitgestalten können, dauern Verfahren zwar länger. Intentionaler Wandel in der notwendigen Breite und Tiefe ist jedoch ein komplexer Prozess, der nicht nur technische, „top down“ einsetzbare Kompetenzen erfordert. Wandel erfordert eine Vielzahl von Kenntnissen, die Neuerfindung von Regeln und Interaktionen und die Bereitschaft, Verhalten und Routinen zu ändern. Hier sind soziale Kompetenzen, kollektive Fähigkeiten und Lernprozesse gefragt. Konversionsstrategien sind auch für Personen und Denkweisen offen, die wenig Vertrauen in den Staat

haben. Sie ermöglichen auch alternative (z.B. zivilgesellschaftliche) Formen demokratischen Handelns.

Andererseits wird es nur möglich sein, Finanz- und Wirtschaftsakteur:innen angemessen zu beteiligen, wenn ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber entsteht, gewinnbringende, aber umweltschädliche Geschäftsmodelle abzuschaffen. Akteur:innen der Konversion können außerdem ein Korrektiv bilden, wenn staatliche Akteur:innen auf der Seite fossiler Lobbys stehen.

Würde Entwicklung linear verlaufen, so könnten Konversionsstrategien mit ihren unabgegoltene Erwartungen als Mittel zur Eindämmung der Umweltkatastrophe abgeschrieben werden. Der Glaube an eine alternativlose neoliberale Wirtschaft ist weit verbreitet. Zu vielen ist nicht bewusst, dass Regeln, die Wirtschaft bzw. Arbeit bestimmen, keine natürlichen Institutionen sind, sondern Setzungen, die in einer bestimmten historischen Situation unter bestimmten Machtverhältnissen eingeführt wurden. Wirtschaft und Arbeit sind Räume mit großem Demokratiedefizit. Ebenso wenig verbreitet ist das Bewusstsein über Möglichkeiten, Zukunft positiv zu gestalten. Entwicklung ist aber offen und kann sprunghaft verlaufen, wenn die richtigen Qualitäten zusammenkommen. Nach dem Prinzip der Performativität beeinflussen Annahmen über mögliche Zukünfte den Gang der Welt. Befasst sich die Mehrheit mit der Gestaltung eines nachhaltigen Systems, richten Menschen ihr Handeln mit größerer Wahrscheinlichkeit danach aus. Positive Kippunkte verstetigen dann Wandel. So steigt die Chance auf eine sozialökologische Zukunft.

Literatur

Agora Verkehrswende (2024): Vom Fortschritt in Fragmenten zum Gemeinschaftswerk im Ganzen. Bilanz der Klimapolitik im Verkehr zum Ende der Ampelkoalition mit Empfehlungen für einen Kurs auf Klimaneutralität, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit, Berlin, online unter <https://www.agora-verkehrswende.de/aktuelles/verkehrswende-als-industrie-und-sozialpolitische-kerntaufgabe-fuer-die-kommende-legislaturperiode> (abgerufen am 06.12.2024).

- Autorenkollektiv Climate.Labour.Turn (2023): „Mein Pronomen ist Busfahrerin“: Die gemeinsame Kampagne von FFF und Ver.di zur Tarifrunde im öffentlichen Nahverkehr 2020, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, online unter https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Busfahrerin_2.Aufl_Apr23.pdf (abgerufen am 10.11.2024).
- Bach, S., Kemfert, C., Praetorius, B. (2024): 30 Jahre DIW-Vorschlag zur ökologischen Steuerreform: Verpasste Chance für den Klimaschutz, in: DIW aktuell, 2024(96), 1-6, online unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.911033.de/diw_aktuell_96.pdf (abgerufen am 10.11.2024).
- Beckert, J. (2024): Verkaufte Zukunft: warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht, Berlin: Suhrkamp.
- Bell, K., Bevan, G. (2021): The Failure of Lifestyle Environmentalism and the Promise of the Green New Deal for Working-Class People, in: Journal of Working-Class Studies, 6(1), 5-21, online unter <https://journals.uwyo.edu/index.php/workingclassstudies/article/view/6465> (abgerufen am 10.11.2024).
- Biebricher, T. (2023): Mitte/Rechts: die internationale Krise des Konservatismus, Berlin: Suhrkamp.
- Birke, P. (2023): Konversion: Eine erfolgversprechende Strategie im Kontext der sozial-ökologischen Transformation?, Manuskript, Göttingen.
- Bruschi, V., Zeiler, M. (Hg.) (2022): Das Klima des Kapitals, Berlin: Dietz.
- Chancel, L. (2022): Global carbon inequality over 1990-2019, in: Nature Sustainability, 5(11), 931-938.
- Conway, E., Oreskes, N. (2014): Die Machiavellis der Wissenschaft: Das Netzwerk des Leugnens, Weinheim: Wiley-VCH.
- Dechezleprêtre, A., Fabre, A., Kruse, T., Planterose, B., Chico, A., Stantcheva, S. (2022): Fighting Climate Change: International Attitudes Toward Climate Policies, NBER Working Paper, online unter <http://www.nber.org/papers/w30265> (abgerufen am 06.10.2024).
- Dörre, K. (2019): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution, in: Dörre, K., Rosa, H., Becker, K., Bose, S., Seyd, B. (Hg.), Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Springer VS, 3-33.
- Dörre, K. (2021): Land in Sicht! Nachhaltiger Infrastrukturozialismus als Ausweg aus der Zangenkrise, in: Kurswechsel, 2021(4), 83-94, online unter <http://www.beigewum.at/kurswechsel/> (abgerufen am 13.11.2023).

- Dörre, K., Liebig, S., Lucht, K., Sittel, J. (2024): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie, in: Berliner Journal für Soziologie, 34(1), 9-46, DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00514-z>.
- Dörre, K., Rosa, H., Becker, K., Bose, S., Seyd, B. (Hg.) (2019): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Springer VS.
- euronews (2021): Gerhard Schröder und sein Manifest für die Currywurst: ein Spruch geht viral – 5 Tweets, in: euronews, online unter <https://de.euronews.com/2021/08/11/gerhard-schroder-und-sein-manifest-fur-die-currywurst-ein-spruch-geht-viral-5-tweets> (abgerufen am 10.12.2008).
- European Commission, Draghi, M. (2024): The future of European competitiveness. Part B In-depth analysis and recommendations, online unter https://commission.europa.eu/topics/strengthening-european-competitiveness/eu-competitiveness-looking-ahead_en (abgerufen am 10.11.2024).
- Expertenrat für Klimafragen (2024): Gutachten zur Prüfung der Treibhausgas-Projektionsdaten 2024. Sondergutachten gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz, Berlin, online unter https://expertenrat-klima.de/content/uploads/2024/06/ERK2024_Sondergutachten-Pruefung-Projektionsdaten-2024.pdf (abgerufen am 10.11.2024).
- Götze, S., Joeres, A., Lesch, H. (2022): Die Klimaschmutzlobby: wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München: Piper.
- Heid, H., Rodax, K., Hoff, E.-H. (Hg.) (2000): Ökologische Kompetenz, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heine, H., Mautz, R. (2000): Verantwortung und Eigensinn. Die verschlungene Aneignung des Umweltschutzes durch das industrielle Bewusstsein, in: Heid, H., Rodax, K., Hoff, E.-H. (Hg.), Ökologische Kompetenz, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 248-265.
- Hildebrandt, E., Pietsch, O., Petersen, H.-J., Wellekens, J. (1983): Ein Interview mit Mitgliedern des Arbeitskreises „Alternative Fertigung“ bei Blohm & Voss, Hamburg, in: Duhm, R., Hildebrandt, E., Mückenberger, U., Schmidt, E. (Hg.), Wachstum alternativ – Initiativen für eine andere Produktion. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1983/84, 1983/84), Berlin: Rotbuch Verlag, 14-29.
- Jochum, G., Barth, T., Brandl, S., Tomažič, A., Hofmeister, S., Littig, B., Matuschek, I., Ulrich, S., Warsewa, G. (2020): Nachhaltige Arbeit, in: Arbeit, 29(3-4), 219-233.
- Kaiser, J. (2023): Rückkehr der Konversionsbewegung?, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 53(210), 35-53.

- Kiess, J., Schmidt, A. (2024): The political spillover of workplace democratization: How democratic efficacy at the workplace contributes to countering right-wing extremist attitudes in Germany, in: *Economic and Industrial Democracy*, 0143831X241261241, DOI: 10.1177/0143831X241261241 (abgerufen am 14.11.2024).
- Köhler, C., Loudovici, K. (2008): Betriebliche Beschäftigungssysteme und Arbeitsmarktsegmentation, in: Köhler, C., Struck, O., Grotheer, M., Krause, A., Krause, I., Schröder, T. (Hg.), *Offene und geschlossene Beschäftigungssysteme. Determinanten, Risiken und Nebenwirkungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 31-63.
- Kohlrausch, B., Hövermann, A., Meuleman, B. (2024): Befragung zur EU-Wahl in 10 Ländern. Teilhabemöglichkeiten im Job und gute Arbeitsbedingungen positiv für demokratisches Klima – Transformations Sorgen bedrohen es, Düsseldorf, online unter https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2024_06_03.pdf (abgerufen am 14.11.2024).
- Latour, B., Schultz, N. (2023): *Zur Entstehung einer ökologischen Klasse: ein Memorandum*, 3. Aufl., Berlin: Suhrkamp.
- Lenton, T. (Hg.) (2023): *The Global Tipping Points Report 2023*, University of Exeter, online unter <https://global-tipping-points.org/> (abgerufen am 10.11.2024).
- Mandelli, M. (2023): *Mapping eco-social policy mixes for a just transition in Europe*, Working Paper, Brussels, online unter <https://www.etui.org/publications/mapping-eco-social-policy-mixes-just-transition-europe> (abgerufen am 23.05.2023).
- Mau, S., Lux, T., Westheuser, L. (2023): *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- Mullis, D. (2024): *Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten: die Regression der Mitte*, Ditzingen: Reclam.
- Ötsch, S. (2024): Climate financing by the German government: a win-win strategy?, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 34, 207-229, online unter <https://link.springer.com/article/10.1007/s41358-024-00377-7> (abgerufen am 10.11.2024).
- Otto, D. (2024): *Umweltgerechtigkeit*, in: Sonnberger, M., Bleicher, A., Groß, M. (Hg.), *Handbuch Umweltsoziologie*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 611-624.
- Plehwe, D. (2022): Reluctant transformers or reconsidering opposition to climate change mitigation? German think tanks between environmentalism and neoliberalism, in: *Globalizations*, 1-19, online unter <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14747731.2022.2038358> (abgerufen am 10.11.2024).

- Powell, T., Smith, S., Zimm, C., Bailey, C. (2023): Section 4: Positive Tipping Points in Technology, Economy and Society, in: Lenton, T. (2023), 278-358.
- Pye, O. (2017): Für einen labour turn in der Umweltbewegung: Umkämpfte Naturverhältnisse und Strategien sozial-ökologischer Transformation, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 47(189), 517-534.
- Räthzel, N. (2022): Perspektiven gewerkschaftlicher Umweltpolitik: Arbeiter*innen als Subjekte der Transformation, in: Bruschi, V., Zeiler, M. (2022), 155-170.
- Räthzel, N., Stevis, D., Uzzell, D. (2021): Introduction: Expanding the Boundaries of Environmental Labour Studies, in: Räthzel, N., Stevis, D., Uzzell, D. (Hg.), *The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies*, Cham: Springer International Publishing, 1-31.
- Räthzel, N., Uzzell, D. (2011): Trade unions and climate change: The jobs versus environment dilemma, in: *Global Environmental Change*, 21(4), 1215-1223, DOI: <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2011.07.010>.
- Röttger, B. (2011): Betriebliche Konversion zwischen kapitalistischer Modernisierung und demokratisch-sozialistischer Transformation, in: Candeias, M., Rilling, R., Röttger, B., Thimmel, S. (Hg.), *Globale Ökonomie des Autos. Mobilität, Arbeit, Konversion*, Hamburg: VSA-Verlag, 241-252.
- Schaupp, S. (2024a): Bauarbeit im Klimawandel: Expansive Nutzbarmachung und ökologischer Eigensinn, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 54(216), 473-490.
- Schaupp, S. (2024b): *Stoffwechselfolitik: Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten*, Berlin: Suhrkamp.
- Schulz, F., Trappmann, V. (2024): Wie blicken Arbeitnehmer:innen auf die Energiewende? Eine Analyse entlang politischer Parteipräferenzen, Forschungsförderung Working Paper 354, Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf, online unter https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008965/p_fofoe_WP_354_2024.pdf (abgerufen am 10.11.2024).
- Seto, K., Davis, S., Mitchell, R., Stokes, E., Unruh, G., Ürge-Vorsatz, D. (2016): Carbon Lock-In: Types, Causes, and Policy Implications, in: *Annual Review of Environment and Resources*, 41(1), 425-452, online unter <https://www.annualreviews.org/doi/10.1146/annurev-environ-110615-085934> (abgerufen am 10.11.2024).
- Stevis, D. (2011): Unions and the Environment: Pathways to Global Labour Environmentalism, in: *WorkingUSA*, 14(2), 145-159, online unter <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1743-4580.2011.00329.x> (abgerufen am 10.11.2024).

- Stöver, B., Flaute, M., Reuschel, S., (2022): Forschungsstand und Literatur zu den volkswirtschaftlichen Folgekosten des Klimawandels in Deutschland, GWS Data Report 2022/01, Osnabrück, online unter <http://papers.gws-os.com/gws-researchreport22-1.pdf> (abgerufen am 10.11.2024).
- Sweeney, S. (2019): The Green New Deal's Magical Realism, in: *New Labor Forum*, 28(2), 74-78.
- Thompson, E. (1980): Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, ausgewählt und eingeleitet von Dieter Groh, Frankfurt a.M./Berlin/Wien: Verlag Ullstein GmbH.
- Urban, H.-J. (2009): Die Mosaik-Linke: Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 54(5), 71-78.
- urgewald e.V (2024): Investing in Climate Chaos, Sassenberg, online unter <https://investinginclimatechaos.org/> (abgerufen am 10.11.2024).